

Akute Panik der Etablierten

Nach dem Lübcke-Mord: Periodische Hexenjagden als Selbstfeiern eines fehlkonditionierten Staates

Thorsten Hinz

Der abscheuliche Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke, mutmaßlich verübt von einem Rechtsextremisten, hat eine weitere Hexenjagd gegen die AfD, gegen angebliche Fremdenfeinde und die Rechte im allgemeinen ausgelöst, wobei der Bannfluch „rechts“ alle trifft, die mit der Merkel-Politik öffentlich zu hadern wagen. Die Blitzschnelligkeit, mit der bei ungeklärter Sachlage der altbekannte Hetz- und Hatzmechanismus in Gang gesetzt wurde, ist ein Indiz dafür, daß die Bluttat bloß der willkommene Anlaß für die periodisch fällige Exorzismus-Übung war.

Die Rechten seien der „Krebs unserer freien Gesellschaft“, der „klare Gegenmaßnahmen“ erfordere, twitterte die Öko-Unternehmerin Sina Trinkwalder. Der ehemalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz nannte diese Zeitung einen „rechtsradikalen Ölfleck“, der das „demokratische Grundwasser versaut“. Der abgehalfterte SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, dem zur angestrebten Zweitkarriere als politischem Vordenker die natürlichen Voraussetzungen fehlen, will die rechten Diskursorte „ausgehoben“ wissen. Sämtliche großen Medien bilden eine geschlossene Sturmgeschütz-Phalanx „gegen Rechts“. Der überforderte Innenpolitik-Chef des Merkel-treuen Kampfblatts FAZ, Jasper von Altenbockum, ruft nach „Ausgrenzung“ und „Intoleranz“ gegen die AfD und nach Gerichtsverfahren gegen „Sympathisanten“.

Das zitierte Stürmer-Vokabular ist repräsentativ. Bei konstanter Schlichtheit im Geiste nimmt das Kesseltreiben an Intensität und Brutalität stetig zu. Ein anderer Ex-Generalsekretär der CDU, Peter Tauber, will überführten Demokratiefreunden „entscheidende Grundrechte wie das Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Recht auf Eigentum oder auch das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis“ entziehen. Das ist in Teilen längst gängige Praxis. Wer sich als Gegner der offenen Grenzen offenbart, für den sind die Versammlungs- und Meinungsfreiheit, der Landfrieden und sogar das Recht auf körperliche Unversehrtheit faktisch aufgehoben. Taubers Vorschlag läuft darauf hinaus, das vorstaatliche Handeln antifaschistischer Sturmabteilungen in staatliche Kompetenz zu überführen und seine Effizienz zu steigern.

Anscheinend trifft er eine im politisch-medialen Komplex weitverbreitete Stimmung. Innen- und Verfassungsminister Horst Seehofer, der nach Merkels Grenzöffnung die „Herrschaft des Unrechts“ anprangerte, macht sich nun zu deren Lakai und stimmt der Eskalationsstrategie ausdrücklich zu.

Sollten die Pläne Wirklichkeit werden, wird man zwischen den mit „richtiger“ Gesinnung und vollen Rechten ausgestatteten „Bundesbürgern“ auf der einen und den mit „falschen“

Überzeugungen und entsprechend geringeren Rechten ausgestatteten „Staatsangehörigen“ auf der anderen Seite zu unterscheiden haben. Letztere würden eine Klasse von Heloten bilden, die man beliebig ausplündern und öffentlich vorführen darf. Denn ist der Horror erst einmal in Gang gekommen, wird er zum Selbstläufer.

Die sich als Verteidiger der Demokratie aufspielen, unternehmen in Wahrheit alles, um die freie, faire, öffentliche Meinungs- und Mehrheitsbildung zu blockieren. Dazu berufen sie sich auf „Werte“ – die oft nur eine Camouflage niederer Beweggründe und persönlicher Egoismen darstellen – und leiten aus ihnen ein diktatorisches Durchgriffsrecht ab.

Das sind Zeichen akuter Panik im politisch-medialen Komplex. Der europaweite Zerfall der alten Parteiensysteme hat auch Deutschland und insbesondere die ehemaligen Volksparteien voll erfaßt. Im Angesicht dessen, was sie angerichtet haben, sind die etablierten Politiker und Medienvertreter außerstande, sich rational, argumentativ, kurzum: im echt demokratischen Sinne zu legitimieren. Sie werden von der importierten islamistischen Terrordrohung, der ausgreifenden Clanherrschaft, der flehentlichen Bitte der Münchner Polizei an den türkischen Generalkonsul, seine Landsleute zur Contenance im öffentlichen Raum aufzufordern, widerlegt. Um trotzdem Handlungsfähigkeit nachzuweisen, schlagen sie auf einen Popanz als die vermeintliche Quelle der Probleme ein und schüren den kalten Bürgerkrieg.

Es ist sinnlos, mit Vernunftgründen dagegen anzureden. Im Interesse seiner geistigen Hygiene tut man gut daran, die laufende Kampagne als einen neuen Krankheitsschub zu werten. Die tiefere Krankheitsursache liegt weniger in der unter fremder Vormundschaft vollzogenen Staatsgründung 1949 als in der intellektuellen Nachkonstituierung der Bundesrepublik durch die Frankfurter Schule, die durch „1968“ symbolisch markiert wird. Demnach wird dieser Staat nicht mehr als politische Organisationsform verstanden, welche die innere und äußere Freiheit der Deutschen sichert. Statt dessen wird er ideologisch, als der „explizite Gegenentwurf“ zum Dritten Reich normiert.

Diese dogmatische, inzwischen auch höchstrichterlich festgelegte Fixierung auf ein totalitäres System und das auf Dauer gestellte „kritische Durcharbeiten der NS-Vergangenheit, die stete Selbstkonfrontation mit diesem Thema“ (Alexander Mitscherlich), haben mitnichten zur Katharsis, zur geistig-moralischen Reinigung, geführt, sondern über den Zwischenschritt totaler Selbstermächtigung im Namen des Guten zu einer Reimplementierung totalitärer Denk- und Verhaltensweisen. Das Stürmer-Vokabular und die Pogromstimmung, die wir gerade erleben, sind keine situativen Überhitzungen, sie haben System. Die periodischen Hysterieschübe sind die Selbstfeiern und -vergewisserungen eines fehlkonditionierten Staates und einer neurotisierten Gesellschaft. Der dritte deutsche Ideologiestaat hat begonnen, seine parlamentarischen, rechtsstaatlichen und freiheitlichen Verpuppungen abzustreifen und sein neototalitäres Potential freizugeben.

AfD-Hysterie bei der Union

Schutzsuche bei den Grünen

Dieter Stein

Erleichtert stellt die FAZ fest, selbst CSU-Urgestein Peter Gauweiler habe zu seinem Geburtstag „soweit bekannt“ offenbar „niemanden von der AfD“ eingeladen. Damit habe er das Verbot von Parteichef Markus Söder erfüllt, Kontakt zu AfD-Politikern zu meiden, „und sei es nur der Kaffeepausch in einem Kommunalparlament“. Dafür sei der vorbestrafte Ex-Staatsratsvorsitzende der DDR Egon Krenz bei Gauweiler gewesen. Bild zählt die Linken Diether Dehm, Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine auf, die sich neben Traunsteiner Gebirgsschützen getummelt hätten.

Die Unionsparteien instrumentalisieren derzeit politisch den mutmaßlich rechtsextrem motivierten Mord am Kasseler CDU-Regierungspräsidenten Walter Lübcke, auch um CDU und CSU endgültig auf Schwarz-Grün im Bund einzustimmen. Das Symbolbild twitterte CSU-Chef Söder persönlich vom Evangelischen Kirchentag: Es zeigt ihn mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), beide mit grünen Schals geschmückt. Söder dazu: „Konservative stehen für Optimismus und Zuversicht. Die AfD will spalten und zerstören.“ Botschaft: Zwischen Grün und Schwarz paßt angesichts der „Gefahr von Rechts“ kein Blatt Papier mehr.

Indes legt CDU-Kanzler der Reserve Friedrich Merz den Finger in die Wunde, die Union verliere „Teile der Bundeswehr und der Bundespolizei an die AfD“. Das stimmt. Die Aufgabe der Staatlichkeit durch die Grenzöffnung im Herbst 2015 traf deutsche Sicherheitskräfte ins Mark. Daß eine CDU-Kanzlerin Deutschland in einen „Hippie-Staat“ (Anthony Glees) verwandelte, können viele Polizisten und Soldaten bis heute nicht fassen.

Union (und SPD) stoßen mit dieser laxen Migrationspolitik große Teile der Stammwählerschaft vor den Kopf. Nun rennen sie einer grünen Agenda hinterher. Ein Umsteuern liefe auf einen Kulturkampf hinaus. Den Mut und politischen Willen hat – siehe Söder auf dem Kirchentag – in der Union niemand mehr. Statt dessen sinken sie den Grünen erschöpft in die Arme. Wächst da zusammen, was zusammengehört?

Und ist das Kontaktverbot zur AfD, mit der nicht nur im mecklenburgischen Penzlin im Osten längst lokale CDU-Politiker brechen, so lange haltbar wie Holger Börners Dachlatten-Warnung gegenüber den Grünen? Den größten Gefallen, den die AfD der Union jetzt tun kann, ist, jene rechtsradikale Gestalt anzunehmen, die ihr pauschal angedichtet wird.

Zurück zu Gauweilers Geburtstag: Tatsächlich war auch Erika Steinbach, Chefin der AfD-Parteistiftung, geladen, wie sie bei einem Streitgespräch mit Gauweiler in Berlin erklärte. Sie war lediglich verhindert. Insofern stimmt es, was Alexander von Schönburg über das fröhliche Fest des bayerischen Freigeistes schrieb: Gauweiler sei wohl der einzige, der verstehe, was der oft bemühte Begriff „Diversität“ bedeute.

Grundrechte entziehen

Mordfall Lübcke: Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, da steht schon fest:

Die AfD ist mitschuldig

Björn Harms

Zwei Wochen nach der Festnahme des mutmaßlichen Täters im Mordfall Lübcke, treibt Politik und Medien vor allem eine Frage um: Gibt es Mitschuldige an dem Mord? Insbesondere Peter Tauber (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung, teilte in der vergangenen Woche kräftig aus. „Du bist verantwortlich für die Folgen und Reaktionen auf deine Hetze gegen Walter Lübcke. Du trägst Mitschuld an seinem Tod“, wandte er sich auf Twitter direkt an die Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, Erika Steinbach.

Die frühere CDU-Politikerin hatte im Februar einen Tweet mit Kritik an Lübcke veröffentlicht. Darin verlinkte sie einen Artikel, der Lübckes Aussage aus dem Jahr 2015 zitierte, Kritiker der Merkelschen Asylpolitik könnten das Land jederzeit verlassen, wenn sie damit nicht einverstanden seien. Gegenüber der JUNGEN FREIHEIT wies Steinbach die Vorwürfe Taubers als „absurd“ von sich.

Auch der ehemalige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, der zuvor gewagt hatte, die Kritik zurückzuweisen, wonach deutsche Sicherheitsbehörden Rechtsextremisten nicht gut genug überwachen würden, bekam von Tauber sein Fett ab: „Man kann fast froh sein, daß Hans-Georg Maaßen nur noch ein Problem der CDU ist und kein Problem mehr dieser Republik“, so Tauber. „Endlich Gelegenheit, den Verfassungsschutz wieder schlagkräftig zu machen.“

In einem Gastbeitrag für die Welt hatte Tauber zuvor zum Rundumschlag „gegen Rechts“ angesetzt. Erika Steinbach sei „ebenso wie die Höckes, Ottes und Weidels durch eine Sprache, die enthemmt und zur Gewalt führt, mitschuldig am Tod Walter Lübckes“, bekräftigte der ehemalige CDU-Generalsekretär. Angesichts der Gewalt durch Rechtsextreme müsse man Artikel 18 des Grundgesetzes anwenden. Danach können jenen Grundrechte entzogen werden, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen. Angewendet wurde der Artikel seit 1949 allerdings nie.

Der Vorschlag sorgte sogar unter linken Politikern für Unmut. „Wir brauchen eine härtere Gangart des Staates gegen rechte Gewalttäter und Terroristen, aber es ist doch völliger Blödsinn, ihnen die Grundrechte zu entziehen“, twitterte der Vizepräsident des Bundestags, Thomas Oppermann (SPD). „Den Rechtsstaat verteidigt man nicht, indem man ihn für einige abschafft“, pflichtete ihm der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Konstantin von Notz, bei.

In einem waren sich die meisten Politiker jedoch einig, von Ralf Stegner (SPD) über Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) bis hin zu Friedrich Merz (CDU): Die AfD trägt eine Mitschuld an

dem Mord. Das will die Partei so nicht stehenlassen. „Alles was wir tun, ist ein friedliches Politik-angebot zu machen“, verdeutlichte Parteichef Jörg Meuthen. „Die AfD ist nicht die Ursache von politischer Gewalt, vielmehr ist sie das Hauptziel der Angriffe“, echauffierte sich auch der Hamburger AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Wolf und berief sich dabei auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion. Demnach gab es im ersten Quartal dieses Jahres 114 Straftaten, die sich direkt gegen Parteimitglieder und Mandatsträger der AfD richteten. Mit weitem Abstand folgen SPD (21), Grüne (19), Union (16) und Linkspartei (9).

Fest steht: Der Fall Lübcke läßt sich noch nicht sicher einordnen, auch wenn die Medien dies krampfhaft versuchen. Ein (noch nicht aufgeklärter) Mord soll zudem rechtsextreme Strukturen belegen. Gesichert ist bislang, daß am 2. Juni ein Angehöriger Walter Lübcke kurz nach Mitternacht bei seinem Wohnhaus in Wolfhagen auffand, mit einer Schußwunde im Kopf leblos auf der Terrasse liegend. Weil die Polizei keine Tatwaffe entdeckte, schloß sie einen Suizid aus und sprach von einem Tötungsdelikt.

Am 8. Juni 2019 nahm die Polizei den Sanitäter fest, der in der Tatnacht Erste Hilfe geleistet hatte, ließ ihn aber wegen fehlender Anhaltspunkte für eine Tatbeteiligung wieder frei. Seine Rolle ist nach wie vor dubios. Er soll versucht haben, Spuren auf der Terrasse verschwinden zu lassen und zudem mit dem Sohn von Lübcke befreundet sein.

Tatverdächtiger lebte zuletzt völlig unauffällig

Acht Tage später vermeldete die Bundesanwaltschaft die nächste Festnahme. Dringend tatverdächtig: Stephan E., lange Zeit in der hessischen Neonazi-Szene aktiv. Am Tatort wurde seine DNA gefunden. Doch E. schweigt zu den Vorwürfen. Der 45jährige ist mehrfach vorbestraft und soll 1993 einen Rohrbombenanschlag auf eine Asylunterkunft in Hohenstein-Steckenroth verübt haben.

Das letzte Mal tauchte er in den Akten der Sicherheitsbehörden 2009 auf, als Rechtsextreme eine Gewerkschaftskundgebung in Dortmund angriffen. Seitdem jedoch lebte er völlig unauffällig mit seiner Frau und zwei Kindern in Kassel. Ein Iraner sei sein bester Freund gewesen, erzählen Arbeitskollegen in der Bild-Zeitung. Daß er rechtsextrem sei, davon habe man nichts mitbekommen.

Die ARD-Sendung „Monitor“ jedoch behauptete, E. sei weiterhin mit führenden Rechtsextremisten in Kontakt. Er habe erst im März an einem konspirativen Treffen der verbotenen Gruppierung „Combat 18“ teilgenommen. Als Beweis diene ein undeutliches Foto, auf dem E. während der Veranstaltung im sächsischen Mücka zu sehen sein soll. Bereits einen Tag später widersprach der Spiegel. Es handle sich um eine Verwechslung. Auch aus sächsischen Sicherheitskreisen heißt es: Das Foto zeige nicht Stephan E., sondern einen anderen, namentlich bekannten Rechtsextremisten.

Deutschland dienen dürfen

Bundeswehr: Die Verteidigungspolitiker der AfD im Bundestag fordern eine grundlegende Reform der Streitkräfte / Wiedereinführung der Wehrpflicht und Einsatz im Innern / „Langzeitaufgabe“

Christian Vollradt

Friedrich Merz artikulierte die Sorge anderer und trat so eine Debatte los: „Einige Abgeordnete aus dem Verteidigungsausschuß“, gab der bei der Wahl zum CDU-Vorsitz knapp Unterlegene in der Bild am Sonntag zu Protokoll, hätten ihm in Gesprächen mitgeteilt, die Unionsparteien verlören „offenbar Teile der Bundeswehr an die AfD“. Wie die anderer Sicherheitsorgane so fühlten sich auch viele Angehörige der Streitkräfte „von ihren Dienstherrn im Stich gelassen“, seien ganze Institutionen vom Vertrauensverlust betroffen.

Daß sich nach Jahren einer unionsgeführten Ressortleitung die Unzufriedenheit in der Armee mit deren Zustand auch in einem Wechsel von parteipolitischen Präferenzen abbildet, sieht selbst der sprichwörtliche Blinde mit dem Krückstock. Personalmangel, zu wenig, oft veraltetes oder aus anderen Gründen nicht einsetzbares Material; die ständigen Umstrukturierungen und Reformen, die der Truppe arg zugesetzt haben; pauschale Vorwürfe, die Bundeswehr habe ein „Haltungsproblem“ (JF 36/17); dazu das Gefühl, daß von seiten der politischen Führung falsche Prioritäten gesetzt werden, etwa mit der aufdringlichen Betonung von „Vielfalt“ samt Einrichtung eines eigenen „Stabselements Chancengerechtigkeit“ mit „Workshops“ für sexuelle Identität oder „Diversity“ ... Das alles geht nicht spurlos an den Staatsbürgern in Uniform, die auch Wähler sind, vorbei.

„Offizier ist zuerst Soldat, dann Akademiker“

Kein Wunder, daß die AfD auf manch Unzufriedene in Flecktarn attraktiv wirkt. Nicht zuletzt, weil sie überproportional viele frühere Militärs in ihren Reihen aufweist. Mit einer Spur von Fatalismus soll ein führender Standesvertreter der Soldaten im vertraulichen Plausch mit AfD-Abgeordneten bemerkt haben: „Die Bundeswehr habt ihr doch eh schon gewonnen.“

Die Verteidigungspolitiker der größten Oppositionsfraktion haben nun unter dem Titel „Streitkraft Bundeswehr“ eine Art „Weißbuch“ erarbeitet. Schon auf den ersten Seiten des Papiers steht vieles, was wie eine Antithese zur offiziellen Leitlinie im Bendlerblock wirkt: Seit vielen Jahren könne die Bundeswehr ihren hoheitlichen Auftrag, den Schutz des Landes, nicht mehr erfüllen, sei sie „als Ganzes nicht einsatzbereit“. Um die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands wieder zu gewährleisten, reichten „partielle Maßnahmen“ längst nicht mehr aus; die Einsatzbereitschaft der Truppe wiederherzustellen „wird mehrere Legislaturperioden in Anspruch nehmen“, sind sich die Autoren sicher. Und mehr noch: „Zur Rekonstruktion der deutschen Streitkräfte ist neben materieller und personeller Aufrüstung auch eine geistig-moralische Reform der Truppe zwingend erforderlich.“

Wie diese aussehen soll? „Die Bundeswehr pflegt einen starken Korpsgeist.“ Die Befähigung und der Wille zum Kampf müßten im Zentrum jedes militärischen Denkens stehen, der Offizier „ist zuerst Soldat und dann Akademiker.“ Die Bundeswehr sei zudem Teil „einer

jahrhundertealten deutschen Militärtradition.“ Dieses Selbstverständnis diene „der Befähigung und der Motivation jedes einzelnen Soldaten zum unerbittlichen Kampf im Gefecht“. Abweichend vom offiziellen Erlaß heißt es dazu im Papier: Was traditionswürdig ist und was nicht, beruhe immer auf Einzelfallbetrachtungen: „Persönlichkeiten und militärische Ereignisse sind stets im Kontext der jeweiligen Epoche zu bewerten.“

Die Personalstärke soll auf 230.000 Soldaten erhöht werden, unter anderem, indem die Aussetzung der Wehrpflicht zurückgenommen wird, die „den Wehrwillen des deutschen Volkes“ stärke. Frauen können weiterhin freiwillig dienen, die Wehrpflicht gilt für sie nicht. Der Wehersatzdienst soll die Ausnahme bei Gewissensgründen sein und nicht den Mitarbeiterbedarf von Blaulichtorganisationen decken. Der im offiziellen Weißbuch des Ministeriums enthaltene Anregung, die Truppe für Ausländer aus EU-Staaten zu öffnen, erteilen die AfD-Politiker eine klare Absage: „Deutschland schützt das bewährte Prinzip des Staatsbürgers als geborenem Verteidiger seines Vaterlandes. Ausländern bleibt der Dienst in der Bundeswehr verwehrt.“ Ebenso lehnt man sämtliche Pläne, eine EU-Armee zu schaffen, kategorisch ab.

Reservisten sollen künftig in einem eigenen Reservekorps – ähnlich der amerikanischen Nationalgarde oder der Miliz in Österreich – zusammengefaßt werden. Und wie beim „Assistenzdienst“ in unserem Nachbarland soll dieses Reservekorps mit einer Sollstärke von 50.000 Mann auch für den Grenzschutz ausgebildet und herangezogen werden. Für noch mehr Aufsehen dürfte eine weitere, knapp formulierte Forderung sorgen: „Die Bundeswehr wird zum Einsatz im Inneren autorisiert.“ Dafür sei, das ist den Verfassern klar, eine „Änderung der grundgesetzlichen Bestimmungen“ notwendig.

Während in der Praxis auf jahrelangen Druck linker Hochschulgruppen hin einzelne Hochschulen bereits sogenannte Zivilklauseln eingeführt haben, die eine Universität verpflichten, ihre Forschung nur zivilen Zwecken zu widmen, fordern die Verteidigungspolitiker der AfD-Fraktion das genaue Gegenteil: „Staatliche Universitäten sind zur Kooperation mit der wehrtechnischen Industrie angehalten.“ Die vom Grundgesetz gebotene Trennung von ziviler Verwaltung und Bundeswehr – Relikt der gegenüber dem Militär mißtrauischen Gründungszeit und heute verantwortlich für zuviel Bürokratie und Mißmanagement bei der Beschaffung – soll aufgehoben werden.

Zurückhaltung fordert das Strategiepapier in Sachen Interventionen: Auslandseinsätze – etwa zur Stabilisierung fremder Staaten – müßten immer völkerrechtlich legitimiert und im deutschen Interesse sein.